

**Landesarbeitsgemeinschaft
der Freien Wohlfahrtspflege
in Niedersachsen**

gem. besonderen Verteiler



Hannover, 22.04.08

Die Gerechtigkeitslücke wird immer größer

Es darf nicht sein, dass die Verbesserung von Einkommenssituationen vor dem sozialen Bereich Halt macht

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst und die Tarifentwicklung insgesamt sind für uns Anlass, auf eine aus unserer Sicht dramatische Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in sozialen Einrichtungen und Diensten hinzuweisen. Das hat wesentlich mit der wachsenden Schere zwischen ständig steigenden Anforderungen und Kosten auf der Seite der Leistungsanbieter und den niedrig bleibenden bzw. niedriger werdenden Leistungsentgelten zu tun. Die Qualitätsanforderungen werden immer größer und die Entgelte immer geringer!

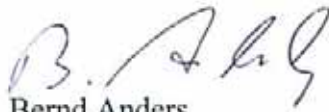
Ein großer Teil unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeitet in einem sehr sensiblen Bereich. Der Umgang mit Menschen in der Pflege, in der Betreuung und Erziehung von Kindern, die Behandlung von Menschen in Krankenhäusern, aber auch die engagierte Begleitung von Menschen, die nicht über ausreichende Ressourcen zur gesellschaftlichen Teilhabe verfügen, erfordert hohe Kompetenzen und oft genug ein Engagement, das über arbeitsvertragliche Bedingungen hinausgeht. Wir erleben glücklicherweise viele solcher engagierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir gehen davon aus, dass für verantwortungsvolle und schwere Arbeit ein gerechter Lohn gezahlt werden muss. Zunehmend erleben wir aber auch bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Ansätze von Resignation, weil weder der Lohn noch die gesellschaftliche Anerkennung stimmt. Am Image und Lohndumping in der Pflege wird dies gerade in Niedersachsen besonders deutlich.

Natürlich begrüßen wir es, dass aufgrund der jüngsten Tarifabschlüsse Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unterschiedlichen Bereichen des öffentlichen Dienstes über mehr Geld verfügen. Nicht zuletzt brauchen sie es ja für steigende Lebenshaltungskosten. Gleichzeitig bringen uns diese Tarifabschlüsse in eine immer größer werdende Zerreißprobe. Eine Höherbesoldung in diesem Umfang ist uns nicht möglich, da die Refinanzierung durch Bund, Länder und Kommunen sowie insbesondere durch die Kranken- und Pflegekassen nicht mehr geschieht. Daran ändert auch das Pflegeweiterentwicklungsgesetz nichts. Somit wird der soziale Bereich in Deutschland ausgeblutet und abgehängt. Man muss es so deutlich sagen: Der Aufschwung kommt im sozialen Bereich so gut wie nicht an.

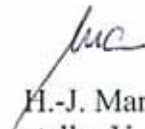
Es kann nicht sein, dass der gesamte Sozialsektor von der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands abgehängt wird.

Wir erwarten an diesem Punkt engagierte Unterstützung aus der Politik und fordern Sie daher als verantwortliche Politikerin/Politiker auf, diese Spirale nach unten zu stoppen und mit dafür zu sorgen, dass in Deutschland das Soziale wieder einen höheren Stellenwert bekommt. Schaffen Sie Rahmenbedingungen, die es ermöglichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesem Bereich eine angemessene Vergütung zu zahlen.

Für die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege



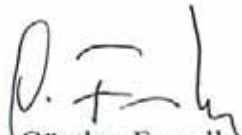
Bernd Anders
Vorsitzender
DRK



H.-J. Marcus
stellv. Vorsitzender
Caritas



Manfred Schwetje
Diakon. Werk



Günther Famulla
Paritätischer



Jochen Flitta
AWO



Wolfgang Stichnothe
Jüdische Wohlfahrt